Das Feindbild – Eine Untersuchung des European Centre for Press and Media Freedom unter der Leitung von Martin Hoffmann

Die Folgen der „Lügenpresse"-Vorwürfe: Journalisten werden immer häufiger Opfer von Bedrohung und Gewalt

Der Vorwurf der „Lügenpresse" schallt seit einem Jahr über Demonstrationen, Internetforen und Publikationen. Parallel zum Aufkommen rechtspopulistischer Bürger-Bewegungen, die vor allem im Osten Deutschlands starken Zulauf haben, werden Journalisten bei der Arbeit immer häufiger angegriffen. Das ECPMF hat die Fälle gesammelt, Ursachen, Entwicklung und Auswirkungen auf die Journalisten und die Pressefreiheit bewertet und Interviews mit betroffenen Journalisten, Verbandsvertretern, der Polizei und einer Medienkritikerin geführt.

Mindestens 29 Journalisten wurden in diesem Jahr wegen ihrer Zugehörigkeit zur angeblichen „Lügenpresse" körperlich attackiert - getreten, geschlagen, geschubst oder bespuckt. Dutzende in ganz Deutschland wurden wegen ihrer Tätigkeit für die „Mainstream-Medien" bedroht, bedrängt und verfolgt. Ein massiver Anstieg zu den Vorjahren, in denen nur vereinzelte gewalttätige Übergriffe auf Journalisten bekannt wurden.

Angegriffen wurden Journalisten und Medienhäuser in fast allen Landesteilen, von München bis Torgelow, von Berlin bis Dortmund – aber ein Blick auf die Story-Map, eine Chronik der Übergriffe, zeigt: Sachsen ist die Region, in der sich die Angriffe auf Journalisten konzentrieren, die Landeshauptstadt Dresden ist das Zentrum einer besorgniserregenden Entwicklung. Seit knapp eineinhalb Jahren ist eine starke Zunahme von Bedrohungen und Übergriffen gegen Journalisten zu registrieren, ab dem Sommer 2015 nehmen gewaltsame Übergriffe noch einmal deutlich zu.

Diese Entwicklung fällt zeitlich und räumlich zusammen mit dem Aufkommen einer Bewegung, die sich, organisiert von dem eingetragenen Verein „Patriotische Europäer Gegen Islamisierung Des Abendlandes" (PEGIDA), montags in Dresden trifft – und dort Tausende Anhänger mobilisiert. Inzwischen hat sie Ableger im ganzen Bundesgebiet. Sie bieten gemeinsam mit der als rechts-populistisch geltenden AfD denjenigen eine geistige Heimstatt, die sich von der deutschen Politik verraten fühlen – und von der deutschen Presse. Schon bei den ersten Pegida-

supported by the European Commission

Versammlungen im Herbst 2014 wurden die deutschen Medien dort von den Wortführern zum Teil des Problems erklärt, zur „Lügenpresse", die nur noch ein durchgesteuertes Verlautbarungsorgan der Regierung sei, ein willfähriges Propaganda-Werkzeug.

Die so diffamierten deutschen Medien berichteten ihrerseits von Anfang an mit dem Unterton der Ablehnung über die rechtspopulistische Bewegung, die sich dort 25 Jahre nach der Wende als neue Bürgerrechtsbewegung von rechts begriff und inszenierte – und müssen sich nun in Teilen den Vorwurf undifferenzierter Berichterstattung gefallen lassen. Häufig wurden gleich alle Teilnehmer als extreme Rechte dargestellt und mitunter alte ostdeutsche Nazi-Klischees hervorgekramt.

Von den Kommentatoren fühlten sich viele gemäßigte Demonstrationsteilnehmer und Sympathisanten von Pegida zu Unrecht in die rechte oder gar rechtsextreme Ecke gestellt. Für sie bestätigte sich das zuvor von den Einheizern immer wieder beschworene Bild der deutschen Presse, die Nachrichtenvermittlung und Meinung für eigene Zwecke mischen und machtvoll gegen sie verwenden würden - die Wahrnehmung der Medien als „Lügenpresse" war nun Konsens bei Extremisten und, das war eine neue Qualität, bei vielen „besorgten Bürgern".

Damit hatten die Journalisten endgültig ihren Status als neutrale Beobachter verloren. Sie waren spätestens Anfang 2015 Teil des Feindbildes geworden, verwoben mit einer bürgerfernen Regierung, die ihre Gegner mit willfähriger Unterstützung der Medien an den gesellschaftlichen Rand drängen würde. Das erklärt zu einem Teil, wieso verbale und körperliche Angriffe auf Journalisten bei den Versammlungen der Rechtspopulisten ein solches Ausmaß erreichen konnten: Die Übergriffe wurden auch von vielen gemäßigten Demonstranten toleriert, wenn nicht gar befürwortet.

So führte die Hetze von den Podien, ein schon lange bröckelndes Vertrauen in die Medien und die als selektiv und feindselig wahrgenommene Berichterstattung zur Etablierung des Feindbildes. Michael Hiller, als Geschäftsführer des Sächsischen Journalistenverbandes (DJV Sachsen) vor Ort, beobachtete eine fast lineare Steigerung: *„Als die Pegida-Demonstrationen anfingen, hatte zunächst nur keiner mit den Journalisten gesprochen. Da war eine absolute Ablehnung. Das Zweite war dann das Beschimpfen. Die dritte Stufe sind jetzt tätliche Angriffe, Anschreien, Anspucken und Schubsen."* Die Chronik der Ereignisse bestätigt Hillers Beobachtung, über Sachsen hinaus.

Auf den regelmäßig stattfindenden Versammlungen der sogenannten –GIDA-Bewegungen treffen die Demonstranten direkt auf ihr Feindbild – und fühlen sich von den Journalisten sehr häufig bedrängt, überfordert, provoziert, wie zahllose O-Töne und Vox Pops indizieren: „Kamera aus" oder „Fotografier mich nicht" sind Aufforderungen der Demonstranten, denen Journalisten selten entsprechen, wenn sie ihrer Tätigkeit wie gewohnt nachkommen wollen. Ein Interessenkonflikt, den mancher Teilnehmer mit Bedrohung oder direkter Gewalt meint lösen zu können. Der Journalist wird für sie zum Provokateur.

Bestärkt wird die These, schaut man auf die derzeit bekannten Fälle. Überdurchschnittlich häufig werden Kameramänner und Fotografen Opfer von körperlicher Gewalt. Sicher auch, weil sie einfacher zu identifizieren sind als ihre Print-Kollegen. Aber auch, weil Fotografen und Kameramänner ihre Arbeitsgeräte gegen den Willen der Teilnehmer nutzen und „draufhalten".

Sie sind durch ihre Arbeitsgeräte zudem weithin sichtbarer, plant man einen Angriff auf sie. Und stärkere Symbole, will man seinem Verdruss oder einer extremen politischen Einstellung durch einen direkten Angriff Ausdruck verleihen. Denn nach allem, was man trotz der löchrigen Informationslage bisher aus Medien- und Polizeiberichten über die Täter lernen konnte, scheint ein großer Teil der direkten Gewalt von rechtsextremen Kreisen auszugehen, die aus den Demonstrationen heraus agieren. Das ist auch deshalb wahrscheinlich, da sowohl der Begriff der „Lügenpresse" als auch direkte Bedrohungen und Gewalt gegen Journalisten und Medienhäuser nicht erst mit Pegida, AfD und Co aufgekommen sind. Schon im Mai 2012 sprühten rechte Angreifer die Worte „Lügenpresse – halt die Fresse" auf eine Filiale der Lausitzer Rundschau in Spremberg – direkt neben rechte Parolen, vergleichbare Anschläge folgten in den letzten Jahren vor allem in Sachsen und Brandenburg.

Bevor die Übergriffe als Auswirkungen der „Lügenpresse"-Debatte in die Schlagzeilen gerieten, machte die Region Dortmund Schlagzeilen mit Attacken auf Journalisten. Bekanntermaßen ein Zentrum der rechten Szene, wurden dort zu Jahresbeginn immer wieder kritisch über die Szene berichtende Lokal-Journalisten direkt bedroht, angegriffen oder gar zu Hause terrorisiert. Daneben wurden die rechtsextremen Kader auf sehr makabre Weise kreativ: Sie veröffentlichten etwa Todesanzeigen kritischer Journalisten, Blogger und Fotografen in den sozialen Netzwerken. Zuvor kam es im Herbst 2014 bei einer Demonstration des Hooligan-

Netzwerkes HoGeSa in Köln zu Einschüchterungsversuchen gegen Journalisten, wie sie später ähnlichen im Umfeld der –GIDA-Demonstrationen zu beobachten waren.

Auch die Leipziger Polizei erkennt eine stark ausgeprägte Gewaltneigung bei der „Fußball-Klientel unter den Leipziger Legida-Teilnehmern, die *„regelmäßig auf den Demonstrationen von szenekundigen Beamten ausgemacht worden seien"*, so Leipzigs Polizeisprecher Andreas Loepki. Insbesondere von diesen deutlich radikalisierten Kreisen gehe eine hohe Gefährdung für Journalisten aus. Dies erlebte neben anderen der Radio-Reporter Merten Waage am 21. Januar 2015, als er von der ersten großen Legida-Veranstaltung berichtete. Er wurde dort von einem Mob gejagt. An eine ungeplante Dynamik glaubt er nicht: *„Die haben sich vermummt und waren eindeutig darauf aus, irgendjemanden zu bekommen, bei dem sie aggressiv oder gewalttätig werden können. Alleine, dass sie alle auf ein Zeichen, ein "Los, los", reagieren und nach vorne gestürmt sind, zeigt, dass die das zuvor geplant haben.*

Solche Tatbeschreibungen, Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden, die lange Historie rechter Gewalt gegen einzelne Journalisten und der Fakt, dass sich ein Großteil der Übergriffe im Umfeld von rechtspopulistischen und rechtsextremen Veranstaltungen ereignete deutet in vielen, aber nicht allen Fällen, auf einen bestimmten Täterkreis: Rechtsextreme, die sich schon längst radikalisiert haben und die populistischen Bewegungen als Bestätigung oder Deckmantel ihrer Aktionen „nutzen". Eine Entwicklung, die sich in die stark zunehmende Zahl von Angriffen beider extremen Lager gegen Politiker, Parteizentralen und Privateigentum, etwa der Linken oder der AfD, einzureihen scheint. Mindestens ein Übergriff auf Medienmitarbeiter wurde auch aus dem Kreis der linken Gegendemonstranten in Dresden berichtet.

Egal mit welchem politischen Hintergrund, ob radikal oder bürgerlich, die Gewalttäter gegen Journalisten und Medienhäuser wurden bisher nur in Einzelfällen von der Polizei gestellt oder im Nachhinein ermittelt. Das liegt auch daran, dass nach ihren Angaben bisher vergleichsweise wenige in der Presse berichtete Fälle von den betroffenen Journalisten angezeigt worden seien.

In den öffentlichen Fokus aber rückte ein anderer Grund: Trotz des Einsatzes von tausenden Beamten schien die Polizei bei den ersten Aufzügen von Legida und Pegida überfordert und hat trotz offensichtlicher Bedrohungen oder Angriffe nicht eingegriffen. Für Pegida-Demonstrationen in Dresden soll das, so vereinzelte Berichte, bis heute gelten. In Leipzig sind Journalisten angegriffen und angespuckt worden, direkt neben den Kräften der Bereitschaftspolizei stehend. Die Leipziger

Polizei sieht das als „unrühmlichen Tiefpunkt", aus dem man inzwischen gelernt habe. Loepki, Leiter des Direktionsbüros, sagt aber auch: *„Wir sind nicht in der Lage, bei den Versammlungen jedem Journalisten Personenschutz zukommen zu lassen."* Mit den Personalabbau durch die Polizeistrukturreform könnten die Mängel jedoch nicht erklärt werden, fügt er hinzu. Auf den Ablauf bei den gegenwärtigen Einsatzgeschehen hätte diese kaum Einfluss gehabt.

Die Analyse von Dirk Birgel, der als Chefredakteur der Dresdner Neuesten Nachrichten einige zum Teil massive Angriffe auf seine Redakteure verzeichnen musste, wird so wohl weiter gelten: *„Die Leute, die geneigt sind dort die Faust reagieren zu lassen, können sich relativ sicher sein, damit ungeschoren davonzukommen. Weil sie niemand in flagranti dingfest macht. Bei diesem Aggressionspotential von Einzelnen sind diese Demonstrationen zu schlecht abgesichert."*

Sachsens DJV-Verbandschef Michael Hiller berichtet von Gesprächen im Innenministerium, in denen ihm klar gesagt wurde, dass die *„Polizei nicht dazu da sei, die Journalisten zu schützen, sondern um die Veranstaltung abzusichern."* Journalisten seien Bürger wie jeder andere. In einer Situation, in der die Polizei mit verknapptem Personal im Wochentakt potenziell konfrontative –GIDA-Aufmärsche und Proteste gegen Zuwanderung mit Hundertschaften absichern muss, wird der Schutz des Grundrechtes Pressefreiheit gegen den Schutz des Grundrechtes Meinungsfreiheit gewogen.

Eine gemeinsame Resolution der DJV-Landesverbände Sachsens, Sachsen-Anhalts, Thüringens, des MDR und des Sächsischen Zeitungsverlegerverbandes, in der sie die jeweiligen Landesregierungen zu einer entschiedeneren Strafverfolgung von Übergriffen gegen Medienvertreter aufriefen, verhallte so auch ohne jegliche Reaktion aus der Politik.

Eine fundierte Einschätzung zur Sicherheitslage für Journalisten hält Sachsens Innenminister Ulbig denn auch für unverhältnismäßig, ließ er auf eine Anfrage der Linken im Landtag Ende November mitteilen. Es würde zu viele Polizeiressourcen kosten, die nicht nach Berufsbild kategorisierten Fälle händisch zu recherchieren. Eine Anfrage der Linken-Fraktion im Bundestag, von der Bundesregierung kurz zuvor beantwortet, brachte ebenfalls keine nennenswerten Erkenntnisse, da auch durch Landeskriminalämter und Verfassungsschutzbehörden Berufe von Kriminalitätsopfern nicht statistisch erfasst würden.

Auch ohne umfassende amtliche Quellen beginnt nun durch Journalistenorganisationen wie dem ECPMF, dem DJV oder durch Blogger wie dem Dresdner Journalisten Andreas Szabo die Erfassung der Übergriffe. Dabei stellen sich aber methodische Fragen: Wann fängt ein Übergriff auf Journalisten an? Wann wird die Berichterstattung, wann die Pressefreiheit eingeschränkt? Wenn Pegida-Teilnehmer eine ihrer zahlreichen Flaggen vor die Kamera halten, wenn sie Liveschalten stören, wenn sie Gewalt androhen?

Die Erstellung einer Übersicht aller Angriffe auf Journalisten kann deshalb nur ein allgemeines Lagebild sein. Zu schwierig ist die Abgrenzung der einzelnen Szenarien, etwa wo ein körperlicher Angriff beginnt. Ob beispielsweise das Anrempeln und Bedrängen von ZDF-Reporterin Britta Hilpert und ihrem Kamera-Team in Cottbus schon ein tätlicher Angriff ist, liegt im Auge des Betrachters. Attacken bei Pegida-Demonstrationen wie etwa auf Jafar Abdul Karim sind nicht vollständig dokumentiert, vielfach gibt es weder Zeugen noch Beweise wie etwa Foto- oder Videoaufnahmen. Wir versuchen, dies in unserer Chronik der Vorfälle durch den Vermerk, ob ein Übergriff durch Beweise oder polizeiliche Untersuchungen bestätigt wurde, transparenter zu machen.

Eine weitere methodische Besonderheit dieser Recherche könnte das Bild verzerren und muss zumindest genannt werden: Kurz vor Redaktionsschluss veröffentlichte der Dresdner Journalist Andreas Szabo eine Liste mit Übergriffen, die er nur für den Freistaat Sachsen gesammelt hatte. Die von ihm zusammengetragenen Fallzahlen haben wir in die Ergebnisse unserer Recherche übernommen. So wurden noch mehr Fälle im Freistaat erfasst, während solche Listen in anderen Bundesländern nach unserem Kenntnisstand nicht geführt werden und Vorfälle so schneller in Vergessenheit geraten können. Sachsen hatte schon zuvor die meisten Fälle in diesem Jahr aufgewiesen und stand damit im Zentrum der Aufmerksamkeit. Jedem kleinen und größeren Angriff wurde damit medial besonderes Gewicht zugewiesen, während - möglicherweise – Übergriffe in anderen Regionen nicht in vergleichbarem Umfang erfasst oder berichtet wurden. Dies könnte einen anderen Aspekt der „Lügenpresse"-Debatte verstärken: Da Medien ihre Reporter häufig nach Sachsen schickten, um von den dort zahlreichen (und häufig erwartbar) heftigen Protesten gegen Zuwanderung zu berichten, wurden dort wiederum mehr rechte Demonstranten mit ihrem Feindbild, den Journalisten, konfrontiert. Die Häufigkeit von Demonstrationen hatte, bedingt durch die unerwartet große Zahl an Zuwanderern, ebenfalls zugenommen.

Um künftig ein möglichst umfassendes Bild der Entwicklung erstellen zu können, hat das ECPMF einen **Reporting Point** eingerichtet. Journalisten, Medienmitarbeiter, Journalistenverbände und allgemein Beobachter von Übergriffen gegen Pressevertreter sind aufgefordert, uns zu diesem Zweck per Mail, telefonisch oder postalisch Übergriffe zu melden – um das Bild genauer erfassen und gegebenenfalls auf Grundlage neuer Erkenntnisse ergänzen und, wenn notwendig, korrigieren zu können.

Denn die Angriffe auf Journalisten haben ohne jeden Zweifel in Zahl und Vehemenz zugenommen, deutschlandweit. Aber nicht jeder beobachtete Übergriff ist auch einer: Michael Hiller berichtet, dass bei seiner Nachrecherche manche berichtete Konfrontation von den beteiligten Kollegen weniger drastisch gesehen wurde. Zusätzlich beobachtete er mitunter einen Verzerrungseffekt, da nach einigen Monaten inhaltlich auf den Kundgebungen der Rechtspopulisten kaum Neues passierte: „*Ich habe durchaus schon gehört von Kollegen, dass es dort langweilig war. Passiert dann beispielsweise ein Übergriff auf ein Kamerateam, führt das natürlich auch dazu, dass man dies raus saugt.*" Eine Verzerrung in wenigen Einzelfällen und doch Wasser auf die Mühlen derjenigen, die „Lügenpresse" skandieren.

„Nicht wundern" sich die deutschen Journalisten über das schwindende Vertrauen und den Begriff „Lügenpresse" sagt die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin und Publizistin Vera Lengsfeld. Handwerklich gute journalistische Arbeit sei immer seltener zu finden, statt einer umfangreichen Recherche stützten sich viele Journalisten auf dieselben Agenturmeldungen. Das sei für sie über einfache Google-Suchen nachprüfbar, bei denen sich die eingegebenen Satzbausteine aus Agenturmeldungen dutzendfach in den verschiedenen Medien wiederholen würden.

Was die ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete aber besonders stört, ist der von ihr als politisch einseitig wahrgenommene Journalismus der überregionalen Medien. Zuletzt besonders fragwürdig sei die kritiklose Berichterstattung über die Flüchtlingspolitik Angela Merkels gewesen. Die öffentlich-rechtlichen Medien hätten sich „benommen wie die Aktuelle Kamera." Die Gleichförmigkeit und die Tendenz der Medien zur unkritischen Verlautbarung habe laut Lengsfeld mit Merkels Kanzlerschaft begonnen. Sie werde verstärkt durch Einladungen und Briefings der Chefredakteure ins Kanzleramt, von denen Vera Lengsfeld angibt,

Kenntnis zu haben. Wie fundiert diese Aussage Lengsfelds ist, die inzwischen bevorzugt in der Preußischen Allgemeine und dem Internetportal „Achse des Guten" publiziert, sei dahingestellt. Sie gehört aber – moderater und differenzierter in Wort und Analyse als die meisten AfD oder Pegida-Anhänger – zu einem zuletzt stark gewachsenen und sich durch alle gesellschaftlichen Milieus erstreckenden Teil der Deutschen, deren Vertrauen in die Medien stark schwindet oder bereits verloren ist. Einer Umfrage von infratest dimap zufolge teilten Ende Oktober 20 Prozent der repräsentativ Befragten die Aussage, dass es in Deutschland „eine Lügenpresse gebe". Aber 72 Prozent teilen diese Einschätzung Mitte November nicht.

Das Vertrauen in die Presse ist ebenso wie das Vertrauen in den Staat in den ostdeutschen Bundesländern auch aus historischen Gründen bis heute niedriger als in den westdeutschen Bundesländern: Ein Grund, wieso sie dort die meisten Angriffe unter dem Label „Lügenpresse" zu verzeichnen sind. Zudem sind dort journalistische Skandale wie etwa die medienübergreifende Vorverurteilung der sächsischen Stadt Sebnitz als rechtsradikal im Jahr 2000 im Gedächtnis geblieben. Die Chefredaktionen der überregionalen Tageszeitungen und Fernsehsender, allesamt in Westdeutschland angesiedelt, wirken für viele bis heute nicht nur geografisch fern. Sie hätten vor allem in den ersten Nachwendejahren mit einem Duktus der Auslandsberichterstattung über die neuen Bundesländer berichtet. Das habe die Distanz vieler Ostdeutscher zu den Medien gefestigt, schlussfolgerte der Leipiger Medienwissenschaftler Hans-Jörg Stiehler vor einigen Jahren auf der Suche nach Gründen, warum die überregionalen Zeitungen bis heute vergleichsweise minimale Auflagen im Osten haben.

Das Misstrauen in den deutschen Journalismus wurde von Udo Ulfkotte und seinem Werk „Gekaufte Journalisten" gefördert. Der Bestseller trug trotz vielfach nachgewiesener Fehler zum Bild der von Politik und Wirtschaft steuerbaren Journalisten bei. Er gehört inzwischen zu einer Reihe von Leitfiguren der Medien, welche rechtspopulistische Leser bedienen. Diese in Perspektiven und Themenauswahl klar nach rechts ausgerichtete Berichterstattung verfügt inzwischen über eine feste Leserschaft im Internet, in gemäßigten Foren wie Politically Incorrect, auf einschlägig rechten Portalen, oder in sozialen Netzwerken. DNN-Chefredakteur Dirk Birgel sieht deren Leser für konventionelle Medien kaum noch erreichbar: „*Dort bekommen sie ihre Einstellungen und Meinungen in einer Art*

und Weise bestätigt, wie das die Presse ihnen nie geboten hat und nie wird bieten können. Das ist ein selbstverstärkender Mechanismus, der dort funktioniert."

Sie betonieren das Fundament für eine randständige Parallelgesellschaft, für die Zuwanderer, Politiker und Journalisten Feinde sind. Dieses Feindbild, sagt DNN-Chef Dirk Birgel wurde von den Anführern der -GIDA-Bewegungen in vollem Bewusstsein aufgeladen. Nicht nur mit dem regelmäßigen Skandieren von „Lügenpresse"-Rufen oder dem Schaulaufen mit einem „Lügenpresse"-T-Shirt haben Lutz Bachmann und Co die Stimmung angeheizt, die immer wieder in Gewalt und Bedrohungen gegen Berichterstatter mündete. Einem Bericht der Freien Presse zufolge, hatte Pegida-Co-Organisator Siegfried Däbritz im Herbst in einer geschlossenen Facebook-Gruppe aufgerufen, den RBB-Journalisten Olaf Sundermeyer während seiner Recherchen im Auge zu behalten, und im selben Post das Kennzeichen des Pegida-Kritikers mitgeliefert. Eine Interview-Anfrage für diese Recherche ließen die Pegida-Organisatoren unbeantwortet. Inzwischen aber soll Siegfried Däbritz laut der jüngsten Ausgabe des sächsischen Medienmagazins Funkturm die Anhänger des Vereins zu etwas mehr Zurückhaltung gegenüber Medienvertretern aufgerufen haben.

Mehr Zurückhaltung würde sich Andreas Postel, Leiter des ZDF-Landesstudio Thüringens in Erfurt, von dem AfD-Politiker Björn Höcke wünschen. Auf einer der Versammlungen in der Landeshauptstadt habe er einzelne Journalisten mit Namen zitiert und ihre aus seiner Sicht unangebrachte Berichterstattung über die AfD vor tausenden Anhängern rhetorisch ins Visier genommen. „Das kann leicht falsch verstanden werden und ist eine neue Qualität", sagt Andreas Postel. Er engagierte zuletzt zum Schutz seines Team Security-Personal in Zivil, wenn er von AfD-Demonstrationen berichtet und wird das auch künftig von Fall zu Fall erwägen. Die Sicherheitsleute wirkten eher de-eskalierend und seien vor allem zur Absicherung von Kameramann und Tonassistent wichtig, sagt Postel, der ebenso wie seine Mitarbeiter im Landesstudio bisher keine direkten Bedrohungen oder gar Gewalt erfahren haben. Der langjährige Reporter hält die Situation vergleichbar zur Mitte der Neunziger Jahre, als Neonazis das Straßenbild in den damals neuen Bundesländern stärker prägten.

Ist die Pressefreiheit nun durch die wachsende Zahl an Übergriffen gegen Journalisten gefährdet? ZDF-Studioleiter Postel wähnt sie ebenso wenig in Gefahr wie DNN-Chefredakteur Dirk Birgel und der Tagesspiegel-Kolumnist Helmut Schümann, der in Berlin Opfer eines Angriffes wurde, als er gerade privat zum

Einkaufen ging. Er „werde sich nicht einschüchtern lassen" und kann sich auch nicht vorstellen, dass sich Kollegen einschüchtern lassen würden. Michael Hiller hingegen sieht die Pressefreiheit gefährdet, da sich Journalisten und Medienvertreter nicht mehr alleine helfen könnten, Politik und Sicherheitsbehörden seien gefragt. Auch der Leipziger Radioreporter Merten Waage sieht das Grundrecht bedroht: „Pressefreiheit fängt für mich dort an, wenn man das berichten darf und kann, was man sieht."

Dass die Gewalt, Bedrohungen und Beleidigungen gegen Medienvertreter eine neue Qualität erreicht hat, gilt unter den betroffenen Journalisten, bei Polizei und Journalistenverbänden als unstrittig. Dabei ist aber nicht nur die Zahl der berichteten Übergriffe gegen Pressevertreter deutlich angestiegen. Neu ist auch, dass die Presse öffentlich und lautstark diffamiert, ihre Arbeit als Lüge bezeichnet und von etablierten Politikern in Zweifel gezogen wird. In der Folge müssen seit diesem Jahr nicht nur Journalisten, die kritisch über die rechte Szene berichten, mit Gewalt und Drohungen rechnen. Der wichtigste Befund: Inzwischen kann es jeden treffen, der aufgrund seiner Berichterstattung zur Lügenpresse gerechnet wird, also jeden Journalisten in Deutschland.

Quellen:

http://www.i-finger.de/pegida-positionspapier.pdf

Ein Spaziergang für die Rettung des Abendlandes, Sächsische Zeitung, 4.11.2014, S.6

http://www.cicero.de/berliner-republik/pegida-die-pegida-hysterie/58693

http://www.lr-online.de/regionen/spree-neisse/spremberg/Politiker-verurteilen-Anschlaege-auf-Spremberger-Redaktionsgebaeude;art1050,3778040

Löbbers, Heinrich: Ein Linker verlässt die Rechten. 13.10.2000, S. 3

https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2014.pdf

http://www.heise.de/tp/artikel/40/40472/1.html

https://djvs.wordpress.com/2015/10/05/sicherheit-fuer-medienvertreter-gefordert/

http://meedia.de/2015/11/26/die-neue-pegida-presse-wie-querfront-medien-sich-ihr-krudes-weltbild-zurechtbiegen/

http://www.stefan-niggemeier.de/blog/21617/hakelmutze-im-pegida-land/

https://twitter.com/streetcoverage/status/647552372357603328

http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/TOP-THEMA/Neue-Attacken-auf-Luegenpresse-und-Volksverraeter-artikel9315931.php?cvdkurzlink=t

Antrag der Fraktion DIE LINKE Drs. -Nr. : 6/3203 Pressefreiheit im Freistaat Sachsen schützen

http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/067/1806776.pdf

Umfrage: Deutsche bescheinigen Medien Glaubwürdigkeit. Epd 31.10.2015

Haller, Michael; Mükke, Lutz: Eine eigenartige Wendung. Warum die überregionale Presse in Ostdeutschland scheitert. In: Haller, Michael, Mükke, Lutz: Wie die Medien zur Freiheit kamen. Zum Wandel der ostdeutschen Medienlandschaft seit dem Untergang der DDR, Halem-Verlag 2010, S. 248 - 260

Ulfkotte, Udo: Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken. Kopp-Verlag 2014

http://www.stefan-niggemeier.de/blog/20186/die-tagesschau-wo-man-schoene-inszenierungen-nicht-bloed-hinterfragt/

Funkturm – Das Medienmagazin, 02/2015, S. 29

https://www.reporter-ohne-grenzen.de/deutschland/nahaufnahme/2015/

Die ECPMF-Fact Finding Mission zur Lügenpresse besteht aus mehreren Teilen: Zunächst wurden die Fälle der zurückliegenden Jahre recherchiert, zusätzlich Experteninterviews mit den Journalisten Helmut Schümann, Merten Waage und Andreas Postel geführt, die unterschiedlichem Maße von den „Lügenpresse"-Vorwürfen in ihrer Arbeit betroffen sind, außerdem mit dem Chefredakteur der Dresdner Neuesten Nachrichten, Dirk Birgel, der Medienkritikerin und Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld und dem Leiter der Polizeidirektion Andreas Loepki. Zusätzlich hat das ECPMF-Team zwei rechtspopulistische Versammlungen besucht, um Atmosphäre und eventuelle Übergriffe zu dokumentieren. Die Untersuchung wurde zwischen dem 16. November und dem 12. Dezember 2015 durchgeführt.

supported by the European Commission